

LESERBRIEF

Leserbrief zum Artikel „Selbsternannte Experten“ vom Mittwoch, 13. März:

Die „Bundesbürgerinitiative Waldschutz“ wurde durch die „Bürgerinitiative gegen die Waldzerstörung“ hier aus Feucht ins Leben gerufen. Ihr gehören inzwischen Waldschutz-Initiativen und Einzelkämpfer aus 14 Bundesländern an und sie wird von namhaften Förstern und Forstwissenschaftlern gefördert, die auch maßgeblich am Waldmanifest mitarbeiteten. Die von ihr gestartete Petition an die Bundesregierung wurde bereits von 77 000 Bürgern unterzeichnet. Der bayerische Staat besitzt rund 805 000 Hektar Wald, und in ihm tobt er sich für die Holzernte aus. Dabei legte er für Schneisen vorab in einer Selbstverpflichtung einen Abstand von 30 Metern fest. Nachgemessen ergeben sich jedoch nur Abstände zwischen 15 bis 25 Meter. Auf diese Weise beseitigt er allein im 36 000 Hektar großen Nürnberger Reichswald rund 6700 Hektar Wald, um die 30 bis 40 Tonnen schweren „modernen Maschinen“ einsetzen zu können. Er nennt dann diese neu entstehenden Straßen Rückegassen. Auf diesen Straßen wird nach dem Willen der Staatsforsten nie wieder ein Baum wachsen.

Was die Natur trotz dieser rigorosen Beseitigung und Verdichtung des empfindlichen Waldbodens wieder wachsen und leben lässt, preisen die Staatsforsten dann als neuen Lebensraum (Biotop). Spätestens jedoch nach zehn Jahren, wenn wieder eine neue Holzernte durch die gleichen „modernen Maschinen“ durchgeführt werden darf, werden diese neuen Lebensräume wieder brutal niedergemangelt und zerquetscht. In diesem Zusammenhang darf auch mal die Frage gestattet sein, warum der Forst nicht zu Ausgleichsmaßnahmen verpflichtet ist, wie sonst jeder Bürger, der ein Stück Reichswald beseitigt. Bei der brutalen Art der Ernte wird auf die Vogelbrut- und Aufzuchtzeit keine Rücksicht genommen, weil der Forst Sonderrechte gegenüber dem Bürger genießt. Und das findet Dr. Kölling vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der die Arbeit des Forstes kontrollieren soll, auch noch für angemessen und notwendig - was für ein Staats- und Demokratieverständnis und welcher Frevel an der Natur und Artenvielfalt! Es wird Zeit, dass die Politik dies ändert, denn vor dem Gesetz müssen wir alle gleich sein, diese auffällige rechtliche Ungleichbehandlung muss unverzüglich geändert werden.

Eckhard Schulz
Feucht